

ASTA INFO

Studentenschaft der THD

DIE SPIESSER TRAUEN SICH WIEDER...

Der hier abgebildete Artikel stand am 12.12.85 unter der Rubrik "Unsere Meinung" im Darmstädter Echo.

Die Lage der Studenten

- Als Reizwort für studentische Massenproteste taugt das Kürzel Bafög immer weniger. Den beredten Klagen, die das Deutsche Studentenwerk letzte Woche zur sozialen Lage der Studenten ausstieß, hat die Bundesregierung eine sehr viel nüchternere Einschätzung entgegengehalten. In dem alle zwei Jahre fälligen Bafög-Bericht, der gestern vom Kabinett verabschiedet wurde, kommt die Bundesregierung zu dem Schluß, daß die wirtschaftliche Situation der Studenten insgesamt gesehen mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung Schritt gehalten hat. Die für den kommenden Herbst vorgesehene Erhöhung der Fördersätze und Elternfreibeträge sichert einen Lebensstandard, der von den Studenten selbst ganz überwiegend als erträglich bis gut eingeschätzt wird.

Eine Versachlichung der Diskussion hilft letztlich den Studenten mehr als überzogene Forderungen. Bundesbildungsminister Wilms verwies nicht ohne Grund auf die soziale Situation anderer Gruppen: Die Ausbildungsförderung soll Ausbildung ermöglichen helfen, aber keine sozialen Sonderrechte begründen.

Die Regierung sieht sich in ihrem bisherigen Vorgehen bei der Studentenförderung bestätigt. Der Vorwurf, nur noch die Reichen könnten sich ein Studium leisten, läßt sich nicht halten; so nimmt die Zahl der geförderten Arbeiterkinder weiter zu. Der Rückgang der Zahl der Geförderten insgesamt und der Abbau der Subventionen auf diesem Gebiet war übrigens längst programmiert - von der früheren Bundesregierung, anno 1981.

Gerd Probst

Zu diesem Auswurf journalistischer Ignoranz läßt sich vieles sagen.

1. In der Tat taugt das BAFÖG immer weniger. Gelungen scheint es uns allerdings, "BAFÖG" als "Kürzel" zu bezeichnen, wo beim BAFÖG an allen Ecken gekürzt wird.

2. Das Studentenwerk hat keine "beredten Klagen" "ausgestoßen", sondern eine detailliert begründete Erhebung zu den Lebenshaltungskosten der Studenten vorgelegt, in der es zu minimal Lebenshaltungskosten von 976,-- DM kommt. In dieser Summe ist z. B. weder der Unterhalt eines Autos oder Zigarettenkonsum berücksichtigt.

3. Worin besteht denn die "nüchterne" Einschätzung der Bundesregierung? Etwa in der Ignoranz gegen soziale Not, die sie durch Kürzungen im sozialen Bereich selbst hervorgerufen hat?

4. Peinlich für die Bundesregierung, wenn sie zu dem Schluß kommt, daß die wirtschaftliche Lage der Studenten insgesamt mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung Schritt gehalten habe. So schlecht wird sie doch ihre eigene Wirtschaftspolitik und die allgemeine wirtschaftliche Lage nicht einschätzen.

5. Jetzt wird's haarig: Zuckersüß - wenn Gerd Probst zu berichten weiß, daß die Studenten ihre Situation erträglich bis gut einschätzen.

Wen hat er da wohl gefragt: ganz bestimmt nicht die Leute, die 500,-- DM BAFöG bekommen und nebenher arbeiten müssen, die deswegen mit dem Studium hinterherhängen und unter dieser Doppelbelastung leiden.

6. Eine bodenlose Unverschämtheit von Ministerin Wilms die Situation der Studenten mit dem Verweis auf Bevölkerungsgruppen, denen es noch schlechter geht in besserem Licht darstellen zu wollen. Diese Regierung kürzt die Sozialleistungen an allen Ecken und Enden und versucht noch die notleidenden Gruppen gegeneinander auszuspielen. Es ist mir durchaus unverständlich, wie Frau Wilms es bewerkstelligt haben soll, mit dem Verweis auf andere sozial-schwache Gruppen zur Versachlichung der Diskussion beigetragen zu haben. Nackte Wut muß doch bei einer solchen Politik aufkommen.

7. Zum Schluß serviert uns Gerd Probst noch ein besonderes Bonbon: "Die Zahl der geförderten Arbeiterkinder habe zugenommen." Nur einige Zahlen:

Im Jahr 1981 erhielten noch 35,8 % aller Studenten BAFöG.

Im Jahr 1984 erhielten nur noch 25,1% aller Studenten BAFöG.

Mit der Umstellung des BAFöG auf Voll-Darlehen im Jahr 1982 ist der Anteil der geförderten Studenten aus einkommensschwachen Familien rapide gesunken, denn eine Schuldenlast von ca. 40.000,-- DM nach Studienabschluß schreckt gerade Kinder aus einkommensschwachen Familien ab, überhaupt zu studieren.

Die Elternfreibeträge sind auf ein dermaßen niedriges Niveau angesetzt, daß auch Leute, die dringend auf BAFöG angewiesen sind, nicht in den Genuß von angemessenen BAFöG-Zahlungen kommen.

Die enorme Schuldenlast schreckt einen Großteil der Studenten zudem von vornherein ab überhaupt BAFöG zu beantragen, zumal die Arbeitsmarktlage es nicht garantiert, nach dem Studium auch einen gutbezahlten Job zu bekommen.

Ganz abgesehen davon artet die Gewährung von Sozialleistungen zunehmend in Schikane der Vergabeämter aus. Die Demütigung derjenigen, die Sozialleistungen beantragen wird immer mehr ausgebaut mit dem Argument: "Der Korb soll etwas höher gehoben werden". Daß diese Sozialleistungen kein Almosen, sondern ein Recht sind geht dabei zunehmend verloren.

Üble Schmierereien, wie diese von Gerd Probst sollen durch gezielte Meinungsmache ein Klima schaffen, indem die Kürzung von Sozialleistungen in jeder Form kritiklos akzeptiert werden.

WIR MÜSSEN UNS DAGEGEN WEHREN!

SCHREIBT MASSENHAFT LESERBRIEFE AN DAS DARMSTÄDTER ECHO!

SOLCHE GEMEINHEITEN, WIE DIE HIER VON GERD PROBST DÜRFEN NICHT GESCHLUCKT WERDEN.